

DGB warnt vor Altersarmut

Regionsvorsitzender Jakob in offenem Brief: Weder Zuschussrente noch Mindestlohn lösen das Rentenproblem

BAYREUTH

In einem offenen Brief an die drei oberfränkischen Bundestagsabgeordneten Anette Kramme (SPD), Hartmut Koschyk (CSU) und Elisabeth Scharfenberg (Grüne) hat sich der DGB-Regionsvorsitzende Oberfranken-Ost, Jürgen Jakob, in der aktuellen Rentenreform-Diskussion zu Wort gemeldet. Er warnt vor Altersarmut.

Mit regionalen Zahlen wolle er aufzeigen, dass weder die Zuschussrente noch ein Mindestlohn das Rentenproblem löse, so Jakob. Er nimmt zu den einzelnen Diskussionspunkten Stellung:

45 Versicherungsjahre: In Oberfranken-Ost sei 2011 jeder Vierte, der aus einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung gekommen sei, direkt in Hartz IV gefallen. Jeder Zehnte verliere hier einmal im Jahr seinen Arbeitsplatz. „Wie sollen da für die Masse der Beschäftigten 45 Jahre Beitragszeit zusammenkommen?“, fragt Jakob.

Absenkung des Rentenniveaus: In Oberfranken-Ost hätten die Vollzeit-



Jürgen Jakob

beschäftigten 2011 im Durchschnitt ein monatliches Bruttoeinkommen von 2424 Euro gehabt. Beschäftigte mit 2500 Euro müssten 35 Jahre in die Rentenkasse einzahlen, um im Alter mehr als die Grundsicherung zu bekommen. Bei 2200 Euro Monatseinkommen drohe bei Renteneintritt immer noch Sozialhilfebedürftigkeit, selbst wenn einer 40 Jahre Rentenbeiträge gezahlt habe. Männer in der Stadt Hof hätten im Jahr 2011 in Oberfranken-Ost die höchsten Renten gehabt, doch allein die Absenkung des Rentenniveaus auf 43 Prozent würde für sie bedeuten: 2011 noch 911,88 Euro Rente, künftig nur 751,17 Euro Rente.

Niedriglöhne: Sogar ein Mindestlohn verhindere die drohende Altersarmut nicht. Der Mindestlohn sei aber sehr wichtig, damit Menschen von ihrer Arbeit leben können. Schluss sein müsse mit der Aufstockerei bei Vollbeschäftigten. „Dazu brauchen wir einen Mindestlohn.“ Sollte ein Arbeitnehmer nach der heutigen Rentenformel ein Alterseinkommen erreichen, das über der Grundsicherung liegt, müsste er bei 40 Beitragsjahren ein Monatseinkommen von mehr als 2350 Euro brutto haben. Ein Mindestlohn von 8,50 Euro mal 173,33 Monatsstunden (40-Stunden-Woche) ergäben jedoch nur 1473,31 Euro brutto. Dies wären die künftigen Empfänger der sogenannten Zuschussrente.

Was ist zu tun: Der DGB fordert, kurzfristig dürfe es zu keiner weiteren Absenkung des Rentenniveaus kommen. Das Renteneintrittsalter müsse wieder auf 65 Lebensjahre herabgesetzt werden. Die Einnahmenseite der Rentenversicherung müsse verbessert werden. Hohe Arbeitslosigkeit senke die Beiträge zu allen Sozialversiche-

rungen. Der Beitrag der Arbeitgeberseite müsse vor der nächsten Krise von den Lohnkosten entkoppelt werden. Mögliche Größe wäre der Bruttoumsatz. Wenn es immer heiße, das sei unbezahlbar, dann mache er darauf aufmerksam, dass die Renten bereits heute voll bezahlt werden könnten, würde die Rentenversicherung nicht zur Finanzierung von Staatsausgaben herangezogen werden.

Der Bundeszuschuss zur Rentenversicherung habe im vergangenen Jahr 2011 rund 59 Milliarden Euro betragen. Er sei damit etwa 39 Milliarden Euro zu niedrig gewesen. In mehreren Gutachten, unter anderem vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), seien versicherungsfremde Leistungen belegt worden.

Jakob erklärt, leider finde wieder nur eine Debatte um die Fehlentwicklungen der Rentenreformen des vergangenen Jahrzehnts statt. Diese Entwicklungen seien bekannt und politisch gewollt gewesen. Die Fehlgriffe dieser Reformen würden nicht korrigiert.

red/egs